

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 296.

für Anhalt und Thüringer.

Jahrgang 1903.

Verlags-Gesellschaft in Halle a. S., Burgstr. 25/26. Druck- und Verlags-Gesellschaft in Halle a. S., Burgstr. 25/26. Druck- und Verlags-Gesellschaft in Halle a. S., Burgstr. 25/26.

Zweite Ausgabe

Verlags-Gesellschaft in Halle a. S., Burgstr. 25/26. Druck- und Verlags-Gesellschaft in Halle a. S., Burgstr. 25/26. Druck- und Verlags-Gesellschaft in Halle a. S., Burgstr. 25/26.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 57. Telefon Nr. 158. Schriftleitung: Dr. Walter Oehlschläger in Halle a. S.

Sonnabend, 27. Juni 1903.

Geschäftsstelle in Berlin, Brandenburgstr. 3. Telefon-Nr. 11 494. Druck und Verlag von Otto Zlotnik in Halle a. S.

Die serbische Frage

Scheint doch mehr Staub aufwirbeln zu sollen, als anfänglich vielfach angenommen worden ist. Die „Kra. Ztg.“ erhebt von einem in Wien domicilierenden Herrn, der in Balkanangelegenheiten als wohlorientiert gilt, die nachfolgenden bedeutsamen Mitteilungen:

Der Herr Karaogewitsch hat die ihm angetragene blutige Krone aus den Händen der Königsräuber und der meinhätigen meuternden Soldateska angenommen. Vielleicht ist diese Lösung des serbischen Königsdramas für Europa inoffiziell insofern nicht die schlechteste, als dadurch für den Augenblick wenigstens dem Ausbruch eines Bürgerkrieges in Serbien vorgebeugt wird.

Aber mit der Thronbesteigung Peters I. ist die serbische Frage keineswegs aus der Welt geschafft. Ein Wiener Blatt hat den Ausdruck getan, daß, wenn der Belgrader Königsmord ungeahndet bliebe, man das Recht hätte, von einem in der Geschichte Europas gar nicht heillos abtadelnden „Triumph der Kanakillen“ zu sprechen. Es scheint nicht, daß die europäischen Kabinette geneigt sind, einen solchen Triumph ohne weiteres zuzulassen. Wenn die Höfe von Wien und Petersburg den „Erwählten des serbischen Volkes“ an. 5 anerkannt haben, so haben sie doch diese Anerkennung an einen ungewissen Vorbehalt geknüpft. Das Telegramm des Kaisers Franz Josef und die Erklärung des russischen „Regierungsorgans“ lassen keinen Zweifel darüber bestehen, daß die Bestrafung der Königsräuber von Peter I. erwartet wird. Die englische Regierung hat ihren Gesandten von Belgrad abberufen und das Schicksal der Kabinets von Berlin, Paris und Rom ist laut und vernehmlich genug. Allerdings muß insb. auf die Wörtern „an. 5“ insofern ein Unterschied gemacht werden, als die Schuld der Mörder und Meuterer unweifelhaft festliegt, während Willigkeit und christliche Caritas verlangen, daß man an der Missethätigen, die nicht persönlich in jener Nacht der Schande handelnd eingegriffen haben, insoweit möglich, als diese Willkür nicht eben über jeden Zweifel hinaus klar erwiesen ist. Man muß unterscheiden zwischen jenen, die an den Attentaten teilnahmen, und jenen, die vielleicht bloß bei einer politischen Konspiration mitwirkten. Die letzteren können auch bei neuer „Vollstänigkeit“ zugerechnet werden mag, wohl einfließen, wohl gemerkt einzuweisen, die Rechtschaffenheit des Zweifels zugetrieben werden. Darauf mögen sie Anspruch haben, auf mehr nicht.

Und da muß nun wohl konstatiert werden, daß es in Wien Personen gibt, die seit Jahren im Getriebe der orientalischen Politik stehen, die als bestinformiert gelten können und die behaupten, daß die Beneidete, die serbischen Beneide, dafür vorhanden seien, daß die Freunde und Vertrauensmänner Peters I., die Herren Jozefin Valaditsch und Nenobitsch und andere, die in Wien lebten, die jenen, die von Belgrad nach Genägen, in Säben hatten — daß sie eben wie Peter Karaogewitsch in alles, wohl gemerkt in alles, eingeweiht gewesen seien, von Wortkomplott gemacht und dabei indirekt mitgewirkt hätten. Ob die Behauptung auf Wahrheit oder auf Lächerlichkeit beruht, das vermag ich nicht zu sagen; in Wien sprechen die Späßen die Namen gewisser Personen von Dach, in deren Händen sich Beweismittel befinden sollen. Verfügt sich das wirklich, so kann wäre die Situation allerdings für den neuen König sehr verschlimmert. Ist er bloß sozusagen ein Geschöbener, sozusagen selbst das moralische Opfer des Komplottes, dessen materielles Opfer die öffentliche Meinung war, dann mag ihm die öffentliche Meinung des Meistern und Mägen ihm später, die Höfe und Kabinette Amnestie erteilen. War er aber ein Mitwisser der Mordthat der Nacht vom 10. Juni, dann läge die Sache sehr ernst. In Europa des 20. Jahrhunderts sind die sittlichen und moralischen Anschauungen zwar vielfach auf den Kopf gestellt und gilt manches für möglich, wovon sich die Bürger einer minder aufgestellten Zeit meistens befreit hätten, aber — sunt certidoneque fines. Ueber gewisse Grenzen hinaus würde Europa es selbst in Belgrad nicht gehen lassen. Man muß wünschen, daß diese schrecklichen Anschuldigungen ungedrungen seien — wer aber hat den Mut, das zu verbergen?

Deutsches Reich.

Halle a. S., den 27. Juni.

Die „Sicherung des Wahlzweckes“ durch amtliche Wahlprüfungen und Zifferstellen ist, wie wir vorausgesetzt hatten, insofern sie überhaupt auf das Wahlzweckes einen Einfluß ausüben hat, in der Hauptsache der Sozialdemokratische zu gute gekommen. Die sozialdemokratische Presse selbst rühmt sich dessen und findet wenigstens einmal an einer Regierungskata etwas Lobenswertes. Aber nicht, indem die „Sicherung“ Beeinträchtigungen der Wähler verhindert hätte, wor für die Sozialdemokratie vorteilhaft, sondern weil die sozialdemokratischen Agitatoren die Meinung verbreiteten, als habe die Regierung durch das Zifferstellenamt zu erkennen geben wollen, daß sie die Wähler von Stimmen für sozialdemokratische Kandidaten habe erweichen wollen. Die „Frankfurter Zeitung“ behauptet wieder einmal, die Semitler der „konfessionellen Agitation“ seien ob der Klotzeinrichtung für die Wahlen „schwer geängstigt“ gewesen, sie hätten sich aber beruhigt, seit sie er-

fuhren, daß die Wahlen ihnen die gefährlichsten Verluste nicht gebracht hätten und höchstens jetzt vielleicht über das Wahlzweckes leichter. Die Konfessionen haben aber tatsächlich vor der „Sicherung des Wahlzweckes“ keine Wange gehabt; das haben wir schon wiederholt festgestellt. Die „Frankfurter Zeitung“ erzählt Märchen, wenn sie sagt, die Konfessionen hätten gegen die Wenderung des Wahlreglements gestimmt, weil sie Angst davor gehabt hätten. Der Grund, weshalb die konfessionelle Partei so scharfe Gegnerin dieses Gesetzes an die sozialdemokratische Oppositionsbildung trug, ging nicht aus dem „Kra. Ztg.“ hervor, das doch seinen ungetrübten Zeitsitz, daß die Opposition zu ermutigen, hätte geben können als den, an welchem der Reichstagsrat ohne irgendwelche erkennbare Veranlassung das Eingehen der Regierung auf einen alten niedrigen Vergessenen antwortete. Es ist auch unrichtig, wenn die „Kra. Ztg.“ behauptet, die Konfessionen hätten die allgemeine Weibildung ausgedrückt, daß die Regierung durch das Klotzeinrichtung habe die große liberale Partei fördern wollen. Die Absicht ist der Regierung vielmehr von der „Kra. Ztg.“ in der Vergangenheit worden, wie ja überhaupt die Absicht ist während der ganzen Wahlbewegung bemüht hat, sich als die geführte Stütze der Regierung bei den Wahlen vorzustellen und zu empfehlen. Allerdings haben einige Blätter behauptet, Graf Hilow sei der Meinung gewesen, daß die Abänderung des Wahlreglements dem Terrorismus der Sozialdemokratie entgegenwirke und viele Arbeiter bestimmen werde, der sozialdemokratischen Partei aus den Fingern zu schlüpfen. Wir haben niemals zu denen gezählt, die dem Reichstagsrat diese Meinung zutrauen, geschweige denn sie geteilt haben. Es waren vielmehr offizielle Stimmen, die sich in solcher Weise beschuldigen und verheißend hören ließen. Der erfahrene Politiker konnte dergleichen Äußerungen nur mit höchstem Misstrauen und aus tiefen Verdächtigungen, ein nicht gerade glückliches Experiment zu unternehmen, nur entnehmen, daß man von ihm auch in Regierungskreisen, als Ernst gemacht wurde, nicht mehr recht erbaute war. Nun haben wir Wahlprüfungen und Zifferstellen und müssen uns auch damit abfinden. An „Würde“ hat dadurch der Wahlakt wahrlich nicht gewonnen, die Sache macht vielmehr einen unreinwillig komischen Eindruck, und man kann nur bedauern, daß Graf Hilow durch seine fatale „Magenverfälschung“ am Wahltag so ernstlich verhindert war, sich davon persönlich zu überzeugen.

Wahlbeeinträchtigungen. Daß im Wahlakt die Wogen der Parteienbeeinträchtigung zu hoch gehen und bei dabei auf allen Seiten mehr oder weniger geschädigt wird, ist eine an sich wohl begründete Tatsache. Sie ist auch unentscheidbar, vorausgesetzt, daß zur Erzielung politischen Erfolges nicht etwa Mittel angewendet werden, deren Gebrauch vom Standpunkte der Menschlichkeit und Namenswürde schlechterdings zu verwerfen ist. Unsere „liberale“ Presse hat sich bisher in einseitiger Weise gegen die amtlichen Wahlbeeinträchtigungen gemeldet. Aber diese Art der „Beeinträchtigung“ erscheint, objektiv betrachtet, in manchen Fällen als ein wahres Mittel gegen die Wahlbeeinträchtigung, so die Wahlprüfung, wie sie von der Sozialdemokratie betrieben wird. Wir sehen dabei ganz ab von der Gepflogenheit der Sozialdemokratie, in ihren Wahlprüfungen und auch in öffentlicher Rede die Gegenkandidaten als „schamlose Wortbrücker“ und „Vollstänbeiter“ zu schmäheln. Das zeigt von einem ebenso niedrigen sittlichen Standpunkte wie etwa der folgende, einem sozialdemokratischen Wahlaufruf für Halle-Merseleben entnommene Satz: „Schmach und Schande dem, der sich an der Menschheit veründigt und einem Wanne wie dem Major Blade seine Stimme gibt. An derartige Beschuldigungen ist man leider nachgerade gewöhnt. Nach bedenklicher aber erscheint die Art des Stimmengangs, die im Presse-Mitteilungen getrieben ist. Nach der Darstellung der „Danziger Zeitung“ haben in einem Dorfe dieses Kreises die Arbeiter erklärt, für den Sozialdemokraten Partei stimmen zu müssen, da sie, wie der Betheildreier ihnen ausdrücklich gesagt, in diesem Falle vom Kaiser jeder zu Neujahr fünf Morgen Land und eine Kuh erhalten; so wolle es der Kaiser. Auf den Einwurf des Betheildreiers, daß sie solchen Unfug doch nicht glauben wollten, bemerkten die Arbeiter übereinstimmend: sie seien schon von den fremden guten Herren aufmerksamer gemacht worden, daß jenseits Jenseits von ihren Brüdern als Vögel hingestellt werden würde; sie wollten sich dadurch aber nicht beirren lassen. Und der Erfolg war eine ganze Reihe sozialdemokratischer Stimmen. Wenn, so meint hierzu sehr zutreffend die „Kra. Ztg.“, ein Dorf schätze den Reuten in solcher Weise die Wahl eines regierungsfreundlichen Kandidaten nahegelegt haben würde, so würde der Reichstagsrat die Wahl fiderlich für ungültig erklärt haben. Doch wir amtliche Wahlbeeinträchtigungen für unerlaubt halten, bedarf kaum der Versicherung. Aber nach unserer Auffassung sind die nicht amtlichen, zum Teil geradezu brutalen Wahlbeeinträchtigungen zum Teil noch gefährlicher als jene. Der „Kra. Ztg.“ ist es gelungen, auf den die Wahlbeeinträchtigungen, welchen Wirkungen „Kra. Ztg.“ die Wahlbeeinträchtigungen bestimmt wurden, so zu kommen, wie sie gestimmt haben. Wir sehen nicht ein, weshalb die Bestrafung dieser Frage in einem Falle, wie dem oben angeführten, an der Veranlassung

der Wahl nur dann führen soll, wenn die Wahlbeeinträchtigung von einem obrigkeitlichen Beamten ausgegangen ist.

Ein gründlicher Einsicht. Wir weisen schon neulich darauf hin, daß das „Berl. Zgl.“ jetzt bei seinem Schüler, dem „Vorwärts“, in die Rede geht und die Formel „Nubde will es!“ in „Der Kaiser will es!“ variiert. Schon die Hamburger Rede Sr. Majestät wurde von dem freimütigen Blatte zu seiner Wahl- und Parteipolitik mißbraucht. Jetzt fällt es über die Kurhavener Kaiserrede her, um daraus zu beweisen, daß die Bestrafung des Meinerchen die freimütige Wahlpolitik gegen die agrarische vertrete. Dabei macht aber seine Darstellung einen Nachdruck, über den man wohl in Hamburg am herlichsten lachen wird. Es meint, der Kaiser müsse an der Bereitwilligkeit der Kanakillen, auf „leichten Hinneis“ mit „so enorm viel Initiative“ eingugehen, besondere Freude haben; dann heißt es weiter:

Das muß dem Kaiser unweigerig bereuen, als er in anderen Kreisen auf einen zähen Widerstand stößt. Man braucht nur auf den Writelland analsinn zu sehen, den Kaiser Büßeln als notwendigen Berechnung erkannt hat, ohne daß es ihm gelungen ist, die schwerfällige, mit agrarischen Scheinparolen verfehene Mehrheit des Abgeordnetenhauses zu seiner Ansicht zu bekehren.

Da nicht nur die „Zähle“, sondern auch die lebendige, leichte und best organisierte Opposition gegen den Mittelstand, der von Hamburg ausging und ausgeht, so wird diese Nummer 315 des „Berliner Tagel.“ wohl in Hamburg Senation machen. Sie ist vom 24. Juni und nicht vom 1. April.

Von der Studienreise der deutschen Landwirte durch die Vereinigten Staaten. Die deutschen Landwirte, die nach Beendigung ihrer Studienreise durch die Vereinigten Staaten jetzt ihre Rückkehr nach Deutschland antreten, äußern sich laut einer New-Yorker Meldung des „Standard“ voll warmer Anerkennung über die ihnen in Amerika zuteil gewordene Gastfreundschaft. Sie haben auf ihrer Reise viel zu kritisieren gefunden. Die berühmten Ballmann-Salonnen erklären sie für langsam und unbequem. Die amerikanische Jagdgesellschaft, heißt ihrer Meinung nach weit unter der deutschen. In Ballfala fanden sie das gelagene Holz in verfaulendem Zustande, was sie auf falsche Bearbeitung zurückführen. Sie halten den amerikanischen Boden für erdlos und glauben, Amerika werde in nicht ferner Zeit Auszug und Düngemittel aus Deutschland importieren. Die amerikanischen Universitäten dagegen finden durch ihre reichen Stipendien und ihre vorzügliche Ausstattung den Besuch der Gänge; jedoch sei das Bier schlecht, und den Studenten fehle die Begeisterung der Deutschen. Die Kritiker brachten ihre Kritik bei dem Aufbruchstag gegenüber dem Beamten des Verkehrsministeriums, Herrn Schulte, der ihnen als Führer beigegeben war, zum ungeschickten Ausdruck.

Kanalprojekte. Gegenüber der Meldung, wonach der Bau des West- und Ostkanals gesichert ist, erklärt die „Königsb. Hart. Ztg.“ von gut unterrichteter Seite, daß dieses Projekt als aussichtslos zu betrachten sei. Größere Auskünfte viele dagegen der geplante Bau des Hindoo-Memel-Kanals, der den Hindoo-Gesen mit dem Nienstrom auf russischem Gebiete verbinden sollte. Die Bauarbeiten für diesen Kanal werden in absehbarer Zeit begonnen werden, da die russische Regierung das Projekt lebhaft unterstütze und beabsichtige, durch den Kanal eine größere Ausdehnung der Kolonialindustrie an den Ufern des Memelstromes und eine ausgiebigere Verarbeitung russischer Holz in eigenen Lande herbeizuführen.

Zur Erhebung katholischer Ehegatten. Auf Wunsch des katholischen Episkopats in Preußen wird der Zustimmung der Bischöfe an, vor Anberaumung des Synodentages in Göttingen, wenn auch nur ein Gatte katholisch ist, die katholischen Priester unverzüglich zu benachrichtigen.

Steler Wode. Zur Freitag-Regatta des kaiserlichen Jagdclubs auf der Steler Förde nahen 98 Jagden gemeldet, die in neun Abteilungen starteten. In der ersten Abteilung 10 Uhr 5 Min. starteten „Orion“, „Narobe“ und „Komet“ und in der zweiten um 10 Uhr 10 Min. „Meteor“, „Hamburg“ und „Buna“. Es herrschte Flaute, jedoch die Segelbahn abgefahren und wurde. Der Kaiser befand sich an Bord des „Meteor“. Dort waren ferner als Gäste des Kaisers anwesend: Prinz Heinrich von Preußen, der Großherzog von Oldenburg, der amerikanische Hofkammer Charlesme Tower und der amerikanische Marineattaché Korvettenkapitän Rotts. Sämtliche großen Jagten waren von Torpedobooten an den Start geschleppt worden. Die Segelboote und ausländische Jagtschiffe begleiteten die Regatta. Die Regatta wurde am 27. Juni um 9 Uhr an Bord der Jagd „Buna“ start. Der Kaiser kehrte um 9 Uhr an Bord des „Meteor“ zurück und folgte ihm der Einladung Wanderbüchler, der sich als Gast des Kaisers auf dem „Meteor“ befunden hatte, auf dessen Dampfmaschine „Northstar“.

Der Kaiser nahm Freitagabend an einem vom amerikanischen Hofkammer Tower im Saale der Seebadanstalt gegebenen Festmahl teil. Zu demselben waren 72 Einladungen ergangen. Seine Majestät der Kaiser lag zwischen seiner königlichen Hoheit dem Prinzen Heinrich, dem amerikanischen Hofkammer in Rom, Meyer, und dem Ober-Sof- und Ober-Büchler Grafen von Gumbenberg zur Rechten und dem amerikanischen Hofkammer in Berlin, Tower, und dem Kammerminister v. Wedel zur Linken. Gegenüber seiner Majestät hatte der amerikanische Admiral Cotton zwischen dem Reichs-

